

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Umwelt Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 36/0164/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 24.03.2017 Verfasser:						
Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 25.01.2017 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: TOP: 2 <table data-bbox="180 707 1390 777"> <tr> <td>Datum</td> <td>Gremium</td> <td>Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>25.04.2017</td> <td>AUK</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	25.04.2017	AUK	Entscheidung
Datum	Gremium	Kompetenz					
25.04.2017	AUK	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sondersitzung vom 25.01.2017 (öffentlicher Teil)

Anlage/n:

Niederschrift vom 25.01.2017 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
Öffentliche/nichtöffentliche Sondersitzung des Ausschusses für
Umwelt und Klimaschutz

21. Februar 2017

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.01.2017
Sitzungsbeginn: 15:30 Uhr
Sitzungsende: 15:50 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Sabine Göddenhenrich-Schirk	Ausschussvorsitzende
Ratsfrau Iris Lürken	
Ratsfrau Gaby Breuer	Vertretung für: Ratsherr Ralf Demmer
Ratsherr Ferdinand Corsten	
Ratsherr Alexander Gilson	
Ratsfrau Daniela Lucke	Vertretung für: Ratsfrau Fabia Kehren
Ratsherr Jürgen Schmitz	
Ratsfrau Dr. Heike Wolf	
Ratsherr Peter Blum	Vertretung für: Herrn Dr. Nils Brodowski

AUK/32/WP.17

Ausdruck vom: 24.03.2017

Seite: 1/6

Herr Georg Grooten

Herr Jörg Hofmann

Ratsherr Kaj Neumann

Frau Nadine-Dominique van der Meulen

Vertretung für: Herrn Dirk Szagunn

Herr Veith Helmig

Herr Dr. Wolfgang Buchsteiner

Herr Dieter Formen

Herr Safi Özbay

Abwesende:

Ratsherr Ralf Demmer

- entschuldigt -

Ratsfrau Fabia Kehren

- entschuldigt -

Herr Dr. Nils Brodowski

- entschuldigt -

Herr Wolfgang Dechêne

- entschuldigt -

Frau Susanne Kütke

- entschuldigt -

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Muggenborg

- entschuldigt -

Herr Dirk Szagunn

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer

Dez V

Herr Jürgen Wolff

FB 37

Frau Ulla Windmüller

FB 37

als Schriftführerin:

Frau Sabine Kollau

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 37/0026/WP17
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Göddenhenrich, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es erfolgt die Verpflichtung von:

Frau Nadine van der Meulen –Piraten Fraktion.

Einvernehmlich stimmt der Ausschuss der Tagesordnung zu.

zu 2 Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Stadt Aachen Vorlage: FB 37/0026/WP17

Ratsherr Blum, FDP Fraktion, erkundigt sich nach der Höhe der ausstehenden Zahlungen bei den Rettungsdienstgebühren.

Herr Wolff sagt die Ermittlung der Daten zu.

Für die Fraktion der Linken dankt Herr Hofmann für die Vorlage.

Er fragt zum einen, warum der Zeitbemessungsfaktor weiter ansteige, zum anderen warum der Patientenanteil bei Transporten sich nicht verändere.

Zudem fragt er, warum die Einsatzzeiten länger würden.

Frau Windmüller führt hierzu aus, dass der Zeitklassenbewertungsfaktor jedes Jahr neu ermittelt werde und sich nach den Einsatzzeiten richte. Die entsprechende Gebühr sei einsatzzeitbezogen. Dauere der Einsatz länger, so sei auch die Gebühr höher. Der Einsatz berechne sich aus der Grundgebühr (30 Minuten) plus der jeweiligen Anschlussgebühr.

Der Niederschrift ist die Tabelle der Berechnung des Zeitklassenbewertungsfaktors beigelegt.

Herr Wolff ergänzt, dass es keine erkennbaren Faktoren für eine Verlängerung der Einsatzzeiten gebe.

Zur Frage nach dem Patientenanteil erläutert Frau Windmüller, dass es keinen „Patientenanteil“ bei der Erhebung der Rettungsdienstgebühren gebe. Die Gebühr würde, soweit möglich, mit den Krankenkassen der Patientinnen oder Patienten abgerechnet. Einsätze ohne Transport könnten nach Änderung des RettG im Jahr 2015 nur noch dann abgerechnet werden, wenn der Einsatz auf missbräuchlichem Verhalten der Verursacherin oder des Verursachers beruhe.

AUK/32/WP.17

Ausdruck vom: 24.03.2017

Seite: 4/6

Herr Özbay, Integrationsrat, erkundigt sich nach dem Zeitraum des Ausgleichs der Kostenunterdeckung. Er fragt, ob es einen Stichtag für den Beginn dieses Zeitraums gibt.

Frau Windmüller erklärt hierzu, dass am Ende eines jeden Jahres die Betriebsabrechnung erfolge und der Ausgleich der Kostenunterdeckung gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG dann in den vier darauf folgenden Jahren erfolge.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die in der Anlage beigefügte Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Stadt Aachen zu beschließen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Kremer berichtet über den am 24.01.2017 stattgefundenen Termin zum Thema „Katastrophenschutzplanung Tihange“ beim Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Die vorgelegten Konzeptentwürfe zur Vorverteilung von Jodtabletten und zur Verteilung von Jodtabletten im Ereignisfall fanden grundsätzlich Zustimmung, so dass die Umsetzung der konkreten Vorverteilung nun weiter erarbeitet werde.

Der Ausschuss, sowie der Rat seien weiterhin zu beteiligen. In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 07.02.2017 erfolge, aufgrund der Kürze der Zeit, ein mündlicher Sachstandbericht. Anschließend werde eine schriftliche Vorlage für den Rat erarbeitet.

Der Ausschuss befürwortet dies.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung

- keine –

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 15.50 Uhr.

Göddenhenrich
(Ausschussvorsitzende)

Kollau
(Schriftführerin)

gesehen:

Philipp
(Oberbürgermeister)